

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich postmorgens Verbleib am Abend 6,00 M., vierteljährlich 19,00 M. Die 10pflige 37 mm breite Zeile 2 M. 50 Pf. Familienbezugspreis, halbjährlich 10 M. 50 Pf. Die 10pflige 37 mm breite Zeile 2 M. 50 Pf. Familienbezugspreis, halbjährlich 10 M. 50 Pf. Die 10pflige 37 mm breite Zeile 2 M. 50 Pf. Familienbezugspreis, halbjährlich 10 M. 50 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Martenstraße 38/40. Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit bewilligter Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Neuer Ueberfall auf Pleß.

Polnische Besetzung der Vorstädte.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 9. Juni. Aus Ratibor wird gemeldet: Gestern nacht haben die Polen erneut die Vorstädte von Pleß überzogen. Sie besetzten auch das Schloß Pleß, das deutsche Hauptquartier im letzten Kriege. Von Ratibor sind italienische Truppen nach Pleß abgerückt. Die innere Stadt Pleß ist von den Polen noch frei.

Neue Kämpfe des Selbstschutzes mit den Polen.

Oppeln, 9. Juni. Im Operationsabschnitt der von den Engländern besetzten Stadt Rosenburg wurde die Gegend von Coselwitz bis nach Schönwalde von den Polen geräumt. Bei Neuborsitz kam es zwischen deutschem Selbstschutz und Polen zu schweren Kämpfen, bei denen die Deutschen 12 Tote und 28 Verwundete hatten. Ratibor erhielt von neuem schweres Artilleriefeuer. Ebenso wurde die Ortschaft Niedane in der Nähe von Ratibor beschossen. Hier hatten die Deutschen gleichfalls eine größere Anzahl von Toten und Verwundeten.

Grauenhafte Verwüstungen der Polen.

Berlin, 9. Juni. Der oberste polnische Berichterstatter der „Sof. Ag.“ berichtet über grauenhafte Verwüstungen, die die polnischen Aufständigen in der Stadt Rauditz angerichtet haben. Die Polen haben besonders in den Beamten- und Arbeiterhäusern alles verwüstet, zerstört und brennen. Die evangelische Kirche in Rauditz ist durch polnische Granatfeuer zerstört worden.

Was die Insurgenten sich herausnehmen.

Wie der „Berl. Volksw.“ aus Oppeln meldet, haben die Behörden der polnischen Autonomie eine Verfügung über die Angliederung des auf dem rechten Oderufer liegenden Teiles des Kreises Ratibor an den Kreis Miesitz und des auf demselben Oderufer liegenden Teiles des Kreises Kotel an den Kreis Miesitz erlassen.

Die Säuberungsaktion der Verbandsstruppen

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Juni. Aus Oppeln wird gemeldet, daß der englische Standpunkt innerhalb der Interalliierten Kommission sich geändert habe. Die Säuberungsaktion der Verbandsstruppen hat begonnen. Sie verläuft so, daß die Hauptstraße auf Gleiwitz zugehen und von Gleiwitz aus dann strahlenförmig das Industriegebiet besetzen. An der Hauptoperation beteiligen sich auch zwei italienische Bataillone und Artillerie, die hierzu aus dem Stabsgebiet des Abteilungsgebietes und aus der Gegend von Arzberg a. D. herbeigeführt worden sind. Die Leitung der Gesamtoperation liegt in der Hand des französischen Generals Gracier. Im Norden wird die Hauptoperation durch eine Nebenoperation eines englischen Bataillons und einer französischen Jägerkompanie gesichert, die von Rosenburg aus, das am 7. Juni besetzt wurde, angeht ist und entlang der Bahn Arnzberg-Rosenburg-Pohlitz-Tarnowitz-Neuchen verläuft. Die englischen Vortruppen dürften heute Schiezofen erreichen. Die polnischen Insurgentenbanden, die sich gerade noch am Tage vorher bei Rauditz Rosenburg stark verschanzt und an der Vormarschstraße der Engländer Artillerie und Maschinengewehre eingesetzt hatten, zogen sich auf das englische Ultimatum hin kampflös zurück.

Die Verhinderung der Entscheidung.

Breslau, 9. Juni. Die Engländer sind in die westlichen Vororte von Königshütte eingedrungen. Die Insurgenten haben in der Nacht Königshütte verlassen. Die deutsche Besatzung, die tags- und nachts vorher unbeschreibliche Angst und Aufregung durchgemacht hatte und die Plünderung durch die Insurgenten befürchtete, begrüßte die Engländer als die Befreier.

Die Verhinderung der Entscheidung.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
London, 9. Juni. Die „Times“ greift heute in scharfer Weise die französische und englische Taktik der Verhinderung der Entscheidung über Oberschlesien an. Aus diesem Zusammenhänge ergeben sich zwei Punkte in diesem Zusammenhang die Absicht der Londoner Regierung, zunächst den Bericht des neuen britischen Berichters in der Doppelten Kommission abzuwarten.

Die Verhinderung der Entscheidung.

Paris, 9. Juni. Während wurde in Paris eine neue englische Note überreicht. Sie enthält die Anregungen des neuen britischen Kommissars für Oberschlesien, Harold Stuart, zur Wiederherstellung der Autorität der Kommission zusammenzufassen. Diese Anregungen sollen insbesondere die Verwendung und die Aufstellung der interalliierten Truppen in Betracht ziehen, sobald die Errichtung der Schranken als beendigt angesehen werden kann.

Ablehnung der Mithilfe des Selbstschutzes.

London, 9. Juni. Der Ministerrat, der wegen Erkrankung des Ministerräsidenten gestern in dessen Wohnung stattfand, beriet über die vom deutschen Vorkommando gemachten Vorschläge und beschloß, die Bestimmung der Ordnung in Oberschlesien durch Schaffung einer von den alliierten Truppen zu besetzenden neutralen Zone zu beschleunigen. Die Mithilfe des deutschen Selbstschutzes wird von den Alliierten abgelehnt. Deutschland habe die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß der Selbstschutz nicht aus seiner Passivität herausgehe, weil sonst die Auflösung dieser Truppe notwendig sei.

General Höfer über den Selbstschutz.

Berlin, 9. Juni. Der Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes, Generalstabsarzt Höfer, erklärte im Laufe einer Unterredung mit Pressevertretern, daß er die Besetzung von Oberschlesien durch die Engländer für den Anfang der Säuberungsaktion halte. Würden die alliierten Truppen für die energische Säuberung des Industriegebietes nicht ausreichen, so sei der Selbstschutz bereit, sich dem interalliierten Befehl unterzuordnen und sich ihm übergebene Aufgaben selbst und loyal durchzuführen. General Höfer betonte, er habe keine sämtlichen Pläne und Zielsetzungen dem Oberbefehlshaber übergeben. Am Schluß seiner Ausführungen hob General Höfer hervor, daß der Selbstschutz keine parteipolitische Färbung trage. (S. 2.)
„Daily Telegraph“ meldet aus Berlin, daß der deutsche Reichsanwalt Dr. Wirth am Dienstag Lord Aberdeen den General Höfer zur Zurückziehung seiner Truppen telegraphisch aufgefordert habe.

Die französische „Neutralität“.

Paris, 9. Juni. „Populaire“ bringt einen weiteren Bericht seines Sonderberichterstatters in Oberschlesien über dessen Einbrüche. Es wird darin u. a. gesagt: Die Alliierten erhielten alles, was sie brauchten, aus Polen, und zwar mit Erlaubnis der französischen Behörde. Ueber die neutrale Zone wird gesagt, die Deutschen hätten die polnischen Vandalen schon längst hinausgeschickt, wenn sie über genügend Munition verfügten. Ueberall werden die Vandalen geschlagen. Deshalb wolle vorantreten, daß die Alliierten sich zwischen seine und die deutschen Truppen einschreiben. Die Franzosen gehen aber noch weiter. Sie wissen, daß die Engländer rücksichtslos gegen die Polen vorgehen würden, und helfen sich zwischen Polen und Engländer. Der Berichterstatter hat am 8. Juni in Staudenitz gesehen, wie eine französische Kompanie sich zwischen Engländer und Polen positionierte. Er erzählt, daß Jäger mit polnischen Bewaffneten den Bahnhof von Neuchen am Montag besetzten, und daß die französische Wache ihre Wachpostenwehre bei dieser Gelegenheit gegen die unbewaffnete deutsche Bevölkerung gerichtet hat.

Beginnende Einsicht in Polen.

Warschau, 9. Juni. In unermittelter Ueberrauna von den polnischen Schismatikern gegen Deutschland erdrückten jetzt Protestaktionen, die einen unmittelbaren Verhandlungsantrag zwecks einer deutsch-polnischen Verständigung wünscheln. Selbst der aus dem Standenauer Konferenz zurückgekehrte Sonderberichterstatter des „Kurier“ Porannek schreibt, daß nur auf der rechten Plattform einer französisch-deutsch-polnischen Wirtschaftspolitik ein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu finden sei.

Reibungslose Waffenabgabe in Bayern.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
München, 9. Juni. Die Ablieferung der Waffen der Einwohnerwehren vollzieht sich reibungslos. In München sind bisher 200 Maschinengewehre, im Bezirk Arnzberg 200 Maschinengewehre und im Bezirk Rauditz 195 Maschinengewehre zur Abgabe gelangt. Die Ablieferung der größeren Waffenlager kann als ziemlich in Vollendung begriffen angesehen werden. Auch die Vorbereitungen für die Einzelwaffenabgabe sind bereits getroffen worden. Die Ablieferung geschieht so, daß die einzelnen Gruppenführer ihren Wehrmännern Tag und Stunde der Ablieferung mitteilen und die gesammelten Waffen dann weiter abgeben. Die Anforderung der Reichsregierung zur Auflöserung der Einwohnerwehren erwartet man in München erst für die kommende Woche, frühestens für Ende dieser Woche.

Aus den Verhandlungen der Botschafterkonferenz.

Paris, 9. Juni. Ueber die geistliche Botschafterkonferenz teilt „Echo de Paris“ mit, daß hier ein Entwurfsprogramm der Berliner und Münchener Regierung vorlag, das in einigen Punkten über die von General Nollet gestellten Forderungen hinausgeht. Die Haltung Englands demgegenüber war die, daß die Entwurfsung unbenutzbar zu fordern sei, während bei der Auflösung der Einwohnerwehren einige Gebiete gelöst werden könnten. „Echo de Paris“ befürchtet, daß sich hieraus neue Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten.

Die Niederlage der englischen Bergarbeiter.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
London, 9. Juni. Die verstaatlichte geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und denen der Gewerkschaften scheinen sich langsam zu gestalten. Es dürfte ein Kompromiß auf Grund verbesserter Vorschläge der Unternehmer und der bereits früher angebotenen Reklamationsbeiträge zustande kommen, während die politische Forderung eines Volks offenbar zurücktritt. Ueber das Volkskompromiß werden die Arbeiter abstimmen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie es ablehnen werden. Die Beilegung des Kohlenstreiks würde die Einigung in den übrigen in einem Volkskompromiß befindlichen Industrien beschleunigen. In der Baumwollindustrie beginnen heute Verhandlungen. Die Maschinenindustriellen haben gestern ihren Arbeitern eine scharfe Reduktion der Löhne bekannt gegeben, doch dauern die Verhandlungen fort, und es ist in der Wahrscheinlichkeit, Anstalts werden von diesen Vorgängen mehr als 200 Arbeiter betroffen.

Westerdam, 9. Juni. Lord George erklärte dem Heer-Vertreter, daß die Regierung im Bergarbeiterstreik ihre Interventionen aufgeben habe. In Wales lehnen täglich 500 bis 1000 Arbeiter zur Tätigkeit zurück, die Beilegung des Streiks wieder aufgenommen werden muß. Auch der Verband der Schiffszimmerer von England reduzierte alle Löhne am 10. d. M. um 25 Prozent.

Aus Churchills Rede.

Wannsee, 9. Juni. Nach einer Neuentdeckung machte Churchill im weitestlichen folgende Ausführungen: Wenn wir den beherrschten oder erzwungenen Völkern der Welt ihren Anteil an der wiederkehrenden Zivilisation nicht geben, ist es nicht nur, daß auf das Papier des Völkerbundes zu verlassen. Wenn wir Europa wieder auf die Beine stellen wollen, gibt es meiner Meinung nach nur einen Weg. Es muß aufrichtiger Friede zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bestehen. Es muß ein wirkliches Zusammenarbeiten zwischen diesen mächtigen Staaten stattfinden, um auf den Trümmern des Krieges wieder aufzubauen und die rassistische Einigkeit Europas wiederherzustellen. Aber das Volk muß sich Frankreich gegenüber halt zeigen. Es treten in England gewisse politische Ansichten auf, die eine völlige Unterwerfung der Stellung Frankreichs mit seiner 60-Millionen-Bevölkerung in dieser großen und unzweifelhaft in ihrem Vorgehen festlichen Macht Deutschlands, mit ihren hinter der Grenze liegenden 70 Millionen Einwohner erkennen lassen. Frankreich, das am Schluß des Krieges in den Abgaben vertrieben worden war, daß es, wenn die Umstände, wie sie im August 1914 bestanden, sich je wiederholen sollten, die Hilfe Englands und der Vereinigten Staaten erhalten würde, hat diese Versicherung nicht erhalten. Und nun ist natürlich jedes französische Herz in Sorge über das, was, wenn auch nicht in 10, so doch in 20 oder 30 Jahren geschehen mag. Möge man Frankreich indes Gefühl der Sicherheit geben, das ihm zur Ruhe verhilft, und Deutschland das Gefühl, mit ihm zu handeln zu werden, wodurch es ihm ermöglicht werden wird, die unheimlichen Gewalten zu beherrschen, die noch in seinem Inneren lauern. Sollten wir uns an diese Richtung in den vor uns liegenden Jahren ziehen wir geduldig, freimütig und mit Ehrlichkeit und Ueberzeugung dafür ein. Können Sie es Großbritannien nicht anfragen sein, die geschäftlichen Verbindungen zu befestigen, die noch restlich in Europa vorhanden sind und so die Welt auf der Grundlage des Friedens zu schaffen, den unsere Jungen erpödet haben. Es ist dies eine völlig verständliche Sorge, die die französische Politik in Schlichte, und anderwärts in Bahnen führt, die zu einem Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und dem amerikanischen, britischen und französischen Völkern geführt haben. Wir müssen ihren Standpunkt verstehen lernen, weil es tief im Herzen Deutschlands, in seinen Kulturwerten und in seinen mächtigen Städten die durch den Krieg entzündet wurden, leuchtende Ideen geben muß, die dem Frieden Europas gefährlich sind. Wenn wir uns die wahren Gründe des Sieges der England und Frankreich gemeinsam errungen haben, können wir, so müssen wir Verhandlungen treffen, die die Zusammenarbeit nicht nur Frankreichs und Englands, sondern Frankreichs, Englands und Deutschlands gemeinsam zum Zwecke der Wiederherstellung führen werden. (S. 2, 3.)

Die Abrüstungsfrage.

Washington, 9. Juni. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington: Es besteht im Kongress eine Tendenz dahingehend, den Vorschlag der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu genehmigen, wonach Harding in der Abrüstungsfrage freie Hand haben soll.

Keenot, 9. Juni. Der Kriegssekretär Wood erklärte in seiner Rede, obwohl er den Krieg verabschiedet, sei er doch der Ansicht, daß es die größte Torheit sein würde, wenn Amerika als erstes Land abrüstete. Aktive militärische Vorbereitungen würden von denen unternommen, mit denen die Vereinigten Staaten möglichst weit zusammenzutreffen würden. Wood fügte hinzu, er denke nicht einen Augenblick an die Möglichkeit eines Krieges mit Großbritannien, da ein solcher Konflikt das Ende der Zivilisation bedeuten würde. (S. 2, 3.)

Das selbständige Memelgebiet.

Memel, 8. Juni. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, wurde in der geistigen Sitzung des Staatsrates des Memelgebietes zum erstenmal der Etat beraten, der in Genehmigung und Ausgabe mit 192 701 661 Mark ohne Zehnerbeitrag abschließt, wodurch der Beweis erbracht ist, daß das Memelgebiet finanziell selbständig wirtschaften könne. Der Staatspräsident des Staatsrates, Kraus, führte aus: Wir wollen in freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarstaaten leben, aber auch ebenso bestimmt zum Ausdruck bringen, daß wir politisch unsere Selbstständigkeit beanspruchen, damit unsere 700-jährige bodenständige Kultur zu ihrem vollen Rechte kommt. Der Präsident des Memelgebietes, Altenberg, drückte den Wunsch aus, daß die Botschafterkonferenz bei der Entscheidung über die Zugehörigkeit des Memelgebietes sich von den Wünschen und Interessen der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung leiten lassen möge. Der Etat wurde gegen die Zustimmung dreier großbritannischer Staatsräte angenommen. Die Erklärung, der Etat viele Jahre während für die Lebensfähigkeit des Memelgebietes. Er sei gewissermaßen ein Zocimeter. (S. 2, 3.)

Am Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Genf, 8. Juni. Die Entschickung der Union der Völkerbundsvereinigungen zugunsten der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat folgenden endgültigen Wortlaut: Im Interesse des wahren Friedens und des Zusammenarbeitens der Völker spricht der Kongress den Wunsch aus, daß Deutschland sobald wie möglich gemäß Artikel 1 des Statutes in den Völkerbund aufgenommen werden möge.

Die österreichische Regierung gibt nach.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)
Zürich, 8. Juni. Der „Zecolo“ meldet aus Wien: Die österreichische Regierung teilte dem italienischen Gesandten mit, daß die Volksabstimmung in Triest nicht stattfinden. Für die Agitation in Südtirol für eine Volksabstimmung trage die österreichische Regierung keine Verantwortung.